

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Tagesblatt-Verlag  
Herrnstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Kreisoberamtsverwaltung Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 270.

Sonntag, 20. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubrik erstklassig, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abonnementpreis und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Wendung im englischen Kohlenarbeiterstreik.

Vor einigen Tagen sah es noch so aus, als ob die Bestimmungen unter den englischen Bergarbeitern eine Mehrheit für die Annahme der Regierungsvorschläge bringen würde. Die ersten Teilergebnisse aus den Abstimmungen lauteten für die Beilegung des Streikes günstig. Und überall in England rechnete man mit voller Bestimmtheit, daß nun endlich nach siebenmonatlicher Dauer die größte Wirtschaftskrise des Landes ihrem Abschluß entgegengeführt werden könnte. Wie so oft in der Geschichte dieses größten Streikes aller Zeiten ist auch diesmal wieder im letzten Augenblick eine Wendung eingetreten, die eine baldige Beilegung des Ausstandes unmöglich zu machen scheint. Wenn auch das Gesamtergebnis der Abstimmung durch die Bergarbeiterexecutive noch nicht bekannt gegeben werden konnte, so schätzte man doch in den Kreisen der Gewerkschaften die Mehrheit für die Ablehnung der Regierungsvorschläge auf 100 000 bis 150 000 Stimmen. Immerhin hat man zu beachten, daß dieses Ergebnis nicht auf Grund einer Urabstimmung der Bergarbeiter selbst zustande gekommen ist, sondern daß es mehr das Produkt von Wahlverfahren ist, die in den einzelnen Bezirken des englischen Bergbaus gänzlich voneinander verschieden sind. In gewissen Distrikten stimmten lediglich die Delegierten ab. Ausschließlich von der Abstimmung ausgeschlossen waren alle die Bergarbeiter, die entgegen der Streikparole in die Gruben wieder eingefahren waren. Da man diesen arbeitswilligen Teil der englischen Bergbauarbeiter auf rund 350 000 Köpfe schätzen darf, so hat man zu erkennen, daß, wenn diese Arbeiter zur Abstimmung zugelassen worden wären, die Regierungsvorschläge eine Mehrheit von ungefähr 200 000 Stimmen gefunden hätten.

Die Ablehnung des Vermittlungsvorschlages der Regierung durch die Abstimmung kommt den Führern der Bergarbeiterexecutive selbst im höchsten Maße überraschend. Man kann fast sagen, daß sie durch diese Wendung der Dinge vor einer Katastrophe und Hilflosigkeit stehen, die kaum zu übersehen ist. Denn das Eingehen der Bergarbeiterführer auf die Regierungsvorschläge erfolgte nicht ganz aus freier Erwägung, es war bedingt durch die bittere Notwendigkeit, den Streik sofort beendigen zu müssen, wenn nicht der Fortbestand der Bergarbeiterkooperation verloren gehen sollte. Der Vermittlungsvorschlag der Regierung war das letzte Mittel, das dem englischen Bergarbeitergewerkschaftsverband seinen Bankrott hätte ersparen können. Durch die Ablehnung des Vorschlages drohten, wenn die Regierung ihre Vermittlung nunmehr einstellen würde, die Bergarbeiterführer ihr Ziel durch den Abschluß gänzlich voneinander unabhängiger Bezirksvereinbarungen endgültig erreicht zu haben.

Wenn auch eine Mehrheit für die Ablehnung der Vermittlungsvorschläge der Regierung besteht, so ist damit allerdings noch keineswegs die Frage entschieden, ob der Streik weitergehen soll oder nicht. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter wird sich in diesen Tagen schlußlos zu werden haben, ob die offizielle Fortsetzung des Streikes auf Grund einer Zweidrittel- oder einer einfachen Majorität proklamiert werden kann. Würde sich die Konferenz angesichts der misslichen Lage, in der sich die Gewerkschaften befinden, für eine Zweidrittelmehrheit entscheiden, so könnte durch einen solchen Entschluß das Streikende doch nahe sein. Auch ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Konferenz es nunmehr den einzelnen Bezirken überläßt, mit den Unternehmerverbänden bestmögliche Übereinkommen abzuschließen. Betrachtet man die geradezu trostlose Lage, in der sich die Gewerkschaften befinden, so könnte man glauben, daß trotz des Abstimmungsresultates über die Regierungsvorschläge die leitende Executive jedes Mittel ergreifen wird, das den Streik zum Abklingen bringen könnte. Es wäre jedoch verfehlt, solchen Hoffnungen allzu positiv Ausdruck zu geben. Die Stimmung innerhalb der Bergarbeiter ist aufs höchste angepannt und in einem derartigen Grad erhöht, daß sie sehr leicht die Vernunft und das kühle Erkennen der Sachlage beseitigen könnte. Also auf Überlegungen darf man sich immerhin gefaßt machen.

Ein kurzer Rückblick auf die Wirkungen, die dieser nun seit sieben Monaten währende Streik auf das Wirtschaftsleben Englands ausübte, kann die Katastrophe, die das englische Volk zur Zeit durchmacht, am besten erkennen. Fast man die Kosten, die dieser Streik der englischen Wirtschaft auferlegte, zusammen, so hat man zu erkennen, daß die Gesamtschuldunge ungefähr die Gesamtsumme der Reparationszahlungen erreicht, die Deutschland in den nächsten fünf Jahren in Durchführung des Dawespakts zu zahlen hat. Der Krieg des englischen Imperiums gegen die Deutschen kostete der damaligen englischen Regierung nicht so viel als das Kabinett Baldwin heute der Ausland. Würde die gesamte Berliner Arbeiterkraft ein ganzes Jahr lang die Arbeit ruhen lassen, so entspräche der Verlust an Arbeitstagen ungefähr dem des englischen Bergarbeiterstreikes. Also hat man zu erkennen, daß wohl niemals in der Geschichte der modernen Weltwirtschaft ein so kostspieliger Arbeitskampf sich ausübte als wie jetzt in England. Dieser Kampf war schon im Augenblick seines Ausbruchs für die Arbeiterklasse hoffnungslos. Schon nach kurzer Zeit mußten die Führer der Bergarbeiterexecutive durch andere Gewerkschaften geacht halten, sich nicht erfüllen würden. Rußland hat wohl im Verlauf der letzten Monate des Streikes ungefähr eine Million englische Pfund dem Streikfund der Executive zur Verfügung gestellt. Da der Ausland jedoch 1,1 Millionen Bergleute umfaßt, so wird man hieraus schon erkennen, daß die russische Unterstützung auch nicht im entferntesten ausreichte, den Arbeitslosen und ihren Familien ein Einkommensersatz zu leisten.

## Eine französische Auslastung zur Kontrollfrage.

Paris. Von unabhängiger französischer Seite wird im Hinblick auf die in der Presse verbreitete Nachricht erklärt, daß die französische Regierung keineswegs die Absicht habe, eine länderübergreifende Kontrollkommission zu verlangen, da dies im Widerspruch zu dem Artikel 210 des Versailler Vertrages stehen würde. Die französische Regierung werde aber gewisse Ergänzungen der Bestimmungen dieser Kontrollkommission fordern und zwar in der Richtung, daß diese Kommission eine gewisse Stabilität besitze. Der Laus d'Orsay legt Wert darauf, in dem diplomatischen Wortspiel „Rändig und stabil“ einen besonderen Unterschied zu sehen. Was die Abschaffung der internationalen Kontrollkommission anlangt, so wäre der neue Bericht dieser Kommission abzuwarten, von dem es abhängen werde, ob die Kontrollkommission dem Völkerbund die Abschaffung der internationalen Kontrollkommission vorschlagen werde oder nicht.

### Watin über die Frage der deutschen Entwaftung.

Paris. Watin beschäftigt sich in einer offenbar inspirierten Erklärung mit der Frage der Entwaftung Deutschlands. Er schreibt: Die einzige Frage, die jetzt gestellt ist, ist die, ob Deutschland hinsichtlich der Befreiung der Bewaffnung, der Effektivstärke und des Kriegsmaterials den Verpflichtungen Genüge geleistet hat, die ihm auf Grund des Vertrages von Versailles durch die Kontrollkonferenz auferlegt worden sind. In dieser Angelegenheit ist man in London und in Paris der gleichen Ansicht. Man erkennt den guten Willen Dr. Stresemanns im Laufe der letzten Wochen an, jedoch sind die französische und englische Regierung, gestützt auf ihnen ausgegangene Berichte und Dokumente, der Ansicht, daß gewisse kritische Punkte noch bestehen, die verhindern, eine sehr rasche Liquidierung der Entwaftungsaufträge augenblicklich ins Auge zu fassen. Was man behaupten kann, ist, daß die Kontrollkonferenz eine Entscheidung erst nach Rückkehr des Generals Walsh nach Paris treffen wird, der beauftragt ist, eine Enquete anzustellen, sowohl was die Befreiungen von Munition als auch was die Auflösung der nationalen Verbände anbelangt. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Tagung des Völkerbundes, deren Beginn auf den 6. Dezember schiefelt, eröffnet werden wird, bevor der Bericht der internationalen Militärkontrollkommission materiell die Zeit gehabt haben wird, seine Mission zu vollenden. Jedoch besteht, auch wenn das Problem der Militärkontrolle selbst noch nicht entschieden ist, kein Hindernisgrund, daß Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain in Bezug die Invektiveprojekte vervollkommen, die am 27. September 1924 schiefelt worden ist. Andererseits muß man angeben, daß Art. 213,

Dauer des Streikes zu sichern. An dieser Tatsache konnten auch die Unterhaltungsgelehrer nichts ändern, die der englische Staat auf Grund des Armenrechts den Frauen und Kindern der Streikenden gewährte. Aus allem diesem kann man sich ungefähr ein Bild darüber machen, wie sich im Augenblick die Lage der streikenden Bergarbeiter darstellt. Man könnte es all diesen Bergarbeitern wünschen, wenn die Executive trotz der zunehmenden der Bergarbeiter verschobenen Lage den Kampf liquidieren würde, um so wenigstens den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, zur rechtmäßigen Arbeit zurückzukehren.

## Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 19. November. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat heute abend mit einer kurzen Schlußsitzung seine 2. Tagung beendet. Damit ist, wie der Vorsitzende Ichniowski betonte, die dem Ausschuss vom Völkerbundrat übertragene Arbeit im wesentlichen abgeschlossen, deren Fortführung und häusliche Ergänzung bis zum Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz von einem kleinen Verbindungsausschuss, dem auch Staatssekretär Dr. Trendelenburg angehört, beauftragt wird. Der in der Schlußsitzung genehmigte Bericht an Händen des Völkerbundrats enthält auch in seiner endgültigen Fassung keine Angabe über den Konferenzort, dessen Bestimmung in der nächsten Tagung des Völkerbundrats erfolgen wird. Obwohl man sich den Gründen nicht verschließt, die im Hinblick auf die Möglichkeit der Teilnahme Rußlands für die Wahl eines außerhalb der Schweiz gelegenen Konferenzortes vorgebracht werden, glaubt man, daß die bereits vollzogene Konzentrierung der Vorbereitungen nach Genf für die Bestimmung des Konferenzortes ausreicht sein wird.

In seiner Schlußsprache betonte der Vorsitzende Ichniowski, daß es dem Ausschuss, dank der bei allen Mitgliedern bestehender Bereitschaft zur Zusammenarbeit, gelungen sei, einige wichtige Probleme aus dem ungelösten Fragenkomplex herauszugreifen, bei denen die Aussicht vorhanden sei, daß die künftige Konferenz, die Vertreter sämtlicher Kreise des Wirtschaftslebens aus aller Welt aufweisen wird, zu praktischen Beschlüssen kommen kann. Bei dem Aufbau des Weltfriedens könne man die wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht trennen, da die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur materielle, sondern auch moralische Bedeutung für die Befreiung der Welt habe. Hinsichtlich der Skepsis, die in gewissen Kreisen über den Erfolg der Konferenz vorhanden sei, gab er unter Hinweis auf die Bedeutung und die Auswirkungen der Brüsseler Finanzkonferenz der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch die Weltwirtschaftskonferenz einen guten Einfluß auf die Gesun-

der das Enqueterecht des Völkerbundes schlecht, von Investitionen spricht und nicht von einer händigen Kontrolle. Es ist also unrichtig, wenn man behauptet, daß sich Deutschland weigert, sich einer händigen Kontrolle zu unterwerfen, da ja der Text des Versailler Vertrages nur sichtlich begrenzte Enqueten vorsieht. Tatsächlich sieht das Abkommen händige Organe vor, die in der entmilitarisierten Zone errichtet werden könnten, und hier sucht eben die Reichsregierung eine Abänderung und Widerrufen zu erzielen.

### Poincaré gegen händige Militärkontrolle!

Berlin. Die Blätter erinnern an ein Schreiben, das Poincaré am 28. April 1919 an Clemenceau gerichtet hat und das die stärksten Argumente gegen die Schaffung händiger Kontrollorgane in der entmilitarisierten Rheinzone nennt. In diesem Schreiben heißt es u. a. Deutschland, so sagt man, solle gehalten sein, auf dem linken Rheinufer und in einer Zone von 50 Kilometer östlich des Rheines weder Truppen noch Festungen zu unterhalten. Aber der Vertrag sieht keine dauernde Kontrolle der Truppenzahl und der Rüstung vor, weder auf dem linken Rheinufer noch im übrigen Deutschland. Die Bestimmungen, wonach der Völkerbund Feststellungen vornehmen kann, laßt also mangels einer dauernden Kontrolle Gefahr, völlig illusorisch zu sein.

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt dazu: Was hier Poincaré von 1919 bekannte, das kann der Poincaré von heute nicht in Abrede stellen!

### Die Union of Democratic Control für allgemeine Abrüstung.

London. Die Union of Democratic Control fordert in einer Entschiedenheit, daß alle Signatäre der Versailler Verträge durch inhaltliche Angebote einer Verminderung ihrer Rüstungen und lebenden Heere ihre Vertrauen auf Sicherheit beweisen sollten, die nach ihrer eigenen Angabe ihr Ziel war, als sie diese Verträge abschlossen haben. Die Union weist darauf hin, daß nach der Festlegung des Generals Morgans die materielle Abrüstung Deutschlands soweit wie möglich genaugen sei und daß der Rücktritt des Generals Seeckt ein Zeichen für die Bereitschaft der deutschen Regierung sei, lokal an dem allgemeinen Plane mitzuarbeiten. Eine solche Bereitschaft könne nicht weiter bestehen, wenn sich die Siegermächte weigerten, auch ihrerseits entsprechende Rüstungsvermindernungen vorzunehmen.

Die Union of Democratic Control fordert in einer Entschiedenheit, daß alle Signatäre der Versailler Verträge durch inhaltliche Angebote einer Verminderung ihrer Rüstungen und lebenden Heere ihre Vertrauen auf Sicherheit beweisen sollten, die nach ihrer eigenen Angabe ihr Ziel war, als sie diese Verträge abschlossen haben. Die Union weist darauf hin, daß nach der Festlegung des Generals Morgans die materielle Abrüstung Deutschlands soweit wie möglich genaugen sei und daß der Rücktritt des Generals Seeckt ein Zeichen für die Bereitschaft der deutschen Regierung sei, lokal an dem allgemeinen Plane mitzuarbeiten. Eine solche Bereitschaft könne nicht weiter bestehen, wenn sich die Siegermächte weigerten, auch ihrerseits entsprechende Rüstungsvermindernungen vorzunehmen.

### Geld bei Reinhold.

Berlin. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Geld und der bayerische Finanzminister Dr. Krauß haben am Freitag Freitag Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold über die Frage des Finanzausgleiches. Die bayerischen Minister haben am Freitag abend Berlin wieder verlassen.

### Immer noch französische Schmachurteile.

Das französische Militärpolizeigericht in Kaiserslautern verurteilte eine Anzahl Gymnastiken zu Geldstrafen von 25 bis 200 Mark, weil sie in der Nähe der französischen Gendarmenstation das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein gesungen hatten.

### Die Lage in Java.

Amsterdam. Die Nachrichten aus Java sind spärlich. Wie ernst die Lage ist, geht aus der Tatsache hervor, daß ein holländischer Kreuzer in der Sunda-Strasse nationalisiert worden ist, um eine Flucht der Aufständischen nach Sumatra zu verhindern.

### Der Riesenbrand bei Wärren.

Wärren (Schweiz). Durch die Regenfälle, die gestern einsetzten, wurden die Waldbrände oberhalb und unterhalb von Wärren gelöscht. Der Föhnwind hat nachgelassen.